



## Entfesselt

Die Politik des neuen US-Präsidenten Donald Trump ist Ausdruck verschärfter Widersprüche im imperialistischen Weltssystem. Die BRD nutzt die Situation für ihre eigenen Bestrebungen zur Aufrüstung.  
 Von Thomas Hecker

SEITEN 12/13

### Verdunkelt

Zuviel Zufall: Der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter vor zehn Jahren bleibt rätselhaft

4

### Engagiert

Papst verurteilt Flüchtlingspolitik der EU und vergleicht »Hotspots« mit Konzentrationslagern

7

### Dokumentiert

Neuer Film klärt über Lage und Ziele der kolumbianischen FARC auf. Interview mit Guillermo Quintero

8

### Angebiedert

Stichwortgeber für »Rot-Rot-Grün« fordern in Pamphlet Bekenntnis zu EU. Von Peter Wahl

15

# Übung für G-20-Gipfel

Zehntausende demonstrierten gegen Bundesparteitag der AfD in Köln. Polizei begegnete ihnen mit überdimensioniertem Aufgebot. **Von Claudia Wrobel**

Den Zugang zum AfD-Bundesparteitag am Samstag konnte den Delegierten zumindest vermießt werden, verhindern konnten Tausende Blockierer das Treffen, auf dem die Rechten ihr Programm für die Bundestagswahl im September beschlossen, nicht. Allerdings wurde dem In- und Ausland signalisiert, dass diese Zusammenkunft nicht unwidersprochen hingenommen wird. Nach Angaben der Organisatoren des antifaschistischen Aktionsbündnisses »Köln gegen rechts« beteiligten sich seit dem frühen Morgen an den vielen Blockaden rund um den Veranstaltungsort, das Maritim-Hotel, geschätzte 3.000 Personen. Am Vormittag schlossen sie sich gemeinsam mit mehr als 10.000 weiteren Teilnehmern zu einer Demonstration unter dem Motto »Solidarität statt Hetze« zusammen, die rasch auf eine Stärke von 15.000 anwuchs. Außerdem fand später am Tag eine weitere Demonstration in der Kölner Innenstadt statt: die des Bündnisses »Köln stellt sich quer«, an der unter anderem Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) teilnahm.

Nach Veranstalterangaben ebenfalls 15.000 Personen folgten einem Aufruf des Festkomitees des Kölner Karnevals zu Toleranz und Vielfalt in den Grüngürtel. Mehrere Kilometer vom Parteitag entfernt verbrachten sie den Tag mit Mundartbands und Funkemariechen.

Alle zeigten sich zufrieden mit ihren Aktionen, auch die Organisatoren der Proteste, die sich direkt gegen den Parteitag richteten. »Wir haben gezeigt: Rechte Hetze und Menschenverachtung haben in unserer Gesellschaft keinen Platz«, sagte Tom Wohlfarth von »Solidarität statt Hetze«. Auch wenn diese Demonstranten sich deutlich



Trotz Provokationen und starken Polizeiaufgebots blieben Blockaden gegen Parteitag der AfD weitgehend friedlich

mehr Polizeirepression ausgesetzt sahen, als die Jecken, die als kölsches Kulturgut geschützt werden.

Den ganzen Tag waren 4.000 Beamte im Einsatz, die ein »Klima der Angst« verbreiteten, wie das Bündnis die eigene Pressemitteilung überschrieben hat. So setzte die Behörde berittene Polizei ein und fuhr Wasserwerfer auf. Kritik äußerte die Kampagne »Solidarität statt Hetze« so unter anderem am Polizeipräsidenten der Stadt. Reiner Schmidt von »Köln gegen rechts« und Anmelder der Großdemonstration sagte: »Wir haben unser Wort gehalten: Von uns ging keine Eskalation aus. Jürgen Mathies blieb ungeachtet dessen leider auch bei seinem Wort und führte

einen unverhältnismäßig harten Polizeieinsatz durch.«

Für die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke) ist damit klar, dass der »martialische Einsatz« vor allem als Übung für den G-20-Gipfel im Juli in Hamburg zu verstehen sei. Im Gespräch mit *jW* berichtete sie am Sonntag von Beobachtungen am Rande der Demo. So wurden etwa Cafés von Beamten umstellt und bewacht und die sehr bunten und friedlichen Demos im Spalier begleitet. »Im Vorfeld wurde Stimmung gemacht, dass angeblich Gewaltbereite auftauchen«, so Jelpke. Aber man sah vor allem Polizisten mit Pfefferspraypistolen im Anschlag.

So vermittelte die Polizei das Bild,

ihr unverhältnismäßiger Einsatz sei notwendig. Vorher war immer wieder kolportiert worden, sie rechne mit »gewaltbereiten Störern« und etwa 50.000 Demonstranten, die die gesamte Innenstadt lahmlegen würden. Noch am Samstag verbreitete die Behörde Meldungen, dass sie sogar Brautpaare zum Standesamt eskortieren musste. Damit schafft sie sich in der bürgerlichen Presse Sympathien und Verständnis und diskreditiert zugleich legitimen Protest. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass man am Samstag in der Kölner Innenstadt unbehelligt shoppen gehen konnte. So nötig kann das martialische Auftreten also wohl nicht gewesen sein.

■ Siehe Seiten 4 und 8

## Gedenken an Opfer der NATO-Bomben

Belgrad. Angehörige und Arbeitskollegen haben am Sonntag in Belgrad an die 16 Menschen erinnert, die 1999 beim NATO-Luftangriff auf das Gebäude des serbischen Rundfunks RTS getötet wurden. Der geschäftsführende Direktor des Staatssenders, Ilija Cerovic, und der Vizepräsident des Direktionsrates, Dragan Karadjic, legten am Denkmal mit der Aufschrift »Warum?« Blumengebinde für die Opfer nieder. Um 2.06 Uhr Ortszeit, dem Zeitpunkt des Angriffs, verharrten die Versammelten mit Kerzen in der Hand zu einer Schweigeminute.

Milorad Medic, einer der Angehörigen, erinnerte daran, dass die NATO zum ersten Mal in der Geschichte eine Rundfunkstation zu einem »militärischen Ziel« erklärt und attackiert habe, obwohl dort in jener Nacht rund 150 Menschen beschäftigt waren – »alles Zivilisten«, betonte Medic. (PL/W)

## Bayern will Grenzen bis Jahresende kontrollieren



Berlin. Bayern will die Kontrollen an der Grenze nach Österreich über die Bundestagswahl hinaus fortsetzen. »Die Kontrollen werden mindestens bis Jahresende weitergeführt«, sagte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) der *Bild am Sonntag*. »Würden wir sie beenden, wäre das ein Signal an die ganze Welt: Deutschland ist wieder offen.« Laut Herrmann wollten das die Menschen »in unserm Land nicht«. Ein Ende der Kontrollen sieht der CSU-Mann erst kommen, wenn die EU-Außengrenzen noch stärker abgeschottet würden. Herrmann zufolge wurden seit Januar an den bayerischen Grenzen rund 4.500 Flüchtlinge aufgegriffen. Der stellvertretende Vorsitzende der Linke-Fraktion im Bundestag, Jan Korte, warf der Union am Sonntag vor, sich durch das Schüren von Ressentiments gegen Teile der Bevölkerung profilieren zu wollen. (AFP/W)

# Zentralrat der Juden gegen Kopftuchverbot

Präsident Josef Schuster: Von speziellen Gesetzen für einzelne Religionsgemeinschaften absehen

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hat sich gegen ein Kopftuchverbot ausgesprochen. Im Interview mit der *Welt am Sonntag* äußerte er sich auch kritisch zu weiteren Eingriffen in die Religionsfreiheit. »Wir sollten davon absehen, für einzelne Religionsgemeinschaften spezielle Gesetze zu schaffen«, so Schuster. Der Zentralratspräsident hält ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst »für problematisch«. Er verwies auf das Bundesverfassungsgericht, das ein generelles Verbot abgelehnt ha-

be. Doch Schuster sagte auch: »Über ein Burka- oder Nikab-Verbot müsste gesondert gesprochen werden.« Als Grund führte er an, dass mit den Stoffstücken das Gesicht verdeckt werde – er aber Gesprächspartnern und -partnerinnen in selbiges schauen wolle.

Zumindest mit dem Kopftuch befasste sich in der vergangenen Woche bereits die BRD-Justiz. Die Drogeriemarktkette Müller wollte einer Mitarbeiterin das Tragen verbieten. Sie argumentierte damit, dass die Betriebsordnung das Bedecken des Kopfes während des Kundenkontak-

tes untersage. Vor dem Heidelberger Amtsgericht kam es am Mittwoch aber zu keiner Entscheidung.

Schuster äußerte sich im Gespräch auch zu Übergriffen auf Juden. Zur Zeit würde hauptsächlich über den Antisemitismus von Muslimen gesprochen. »Allerdings bleibt festzuhalten: Die offiziellen Zahlen zeigen deutlich mehr antisemitische Straftaten durch Rechtsextremisten als von muslimischer Seite.«

Im Gespräch stellte Schuster jedoch auch »überzogene Kritik« am Staat Israel und dessen Politik mit Hass ge-

gen Juden gleich. Wörtlich sagte er: »Es gibt mehrere Ausdrucksformen des Antisemitismus: Dazu zählen der klassische Antisemitismus, den wir vor allem bei Rechtsextremen finden, Antisemitismus in Form von überzogener Kritik an Israel, der eher im politisch linken Spektrum zu finden ist, sowie Antisemitismus in Teilen der muslimischen Community.« Und weiter: »Alle Formen sind widerlich. Jede einzelne Form bedroht die Juden.« Wo für ihn Staatskritik aufhört und Menschenhass beginnt, führte Schuster nicht aus. Johannes Supe

**jW** wird herausgegeben von 2.036 Genossinnen und Genossen (Stand 31.3.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg

